

Antrag
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 30. Juni 2016

Wachstum statt Vorschriften - Verwaltung neu denken

Bürokratie macht es heimischen Unternehmen schwer, effizient zu arbeiten und erfolgreich zu wirtschaften. Schleppende Genehmigungsverfahren, intransparente Behördenwege mit einander überschneidenden Zuständigkeiten und die Gefahr drakonischer, unverhältnismäßiger Strafen für kleine, formale Unachtsamkeiten erschweren österreichischen Unternehmen ihre Arbeit Tag für Tag. Während bürokratische Auflagen und Vorschriften zunehmen, nimmt die Flexibilität für Betriebe ab. Der rechtliche Rahmen unseres Standortes schafft damit keine Sicherheit mehr, sondern wird zum Labyrinth, das Verunsicherung erzeugt. Dadurch sinkt die Bereitschaft für Investitionen in die Betriebe und damit den österreichischen Wirtschaftsstandort. Dieser Weg muss sich wieder ändern, denn nur erfolgreiche Betriebe können Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen.

Ziel muss es daher sein, die öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen zu vereinfachen, zu beschleunigen und neu zu strukturieren, um den Betrieben wertvolle Zeit und Geld zu sparen. Vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen, die 95 Prozent der heimischen Unternehmen darstellen, sind Erleichterungen dringend notwendig! Denn es sind die heimischen KMU, die einen Großteil der 100.000 Lehrlinge ausbilden und über 100 Mrd. Euro an Bruttowertschöpfung leisten. Die Zahlen sprechen für sich, der unternehmerische Mittelstand sorgt nicht nur für wirtschaftliche, sondern auch für gesellschaftliche Stabilität. Dafür braucht es entsprechende Rahmenbedingungen.

Die unterzeichnenden Delegierten stellen daher folgenden

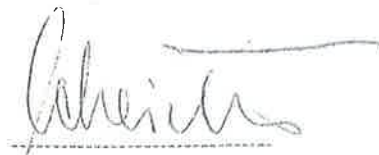
Antrag:

Die Wirtschaftskammer Österreich fordert die Bundesregierung und die zuständigen Stellen dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass ehebaldigst

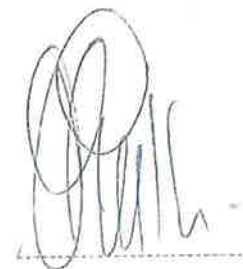
- das Kumulationsprinzip im Verwaltungsstrafbereich weitgehend abgeschafft wird,
- Verwaltungsabläufe durch die Umsetzung des One-Stop-Shop-Prinzips für Unternehmen beschleunigt,
- Gründungen einfacher und rascher möglich und
- Informations- und Meldepflichten reduziert werden.



Ing. Mag. Alexander Klacska
Bundesspartenobmann



KR Renate Scheichelbauer-Schuster
Bundesspartenobfrau



KR Konrad Steindl
Präsident